



Nichtamtlicher Theil.

Zur Partaireformfrage.

Den erregten Auseinandersetzungen und publicistischen Kämpfen, zu welchen das Ergebnis der Reichsrathswahlen durch geraume Zeit Anlaß gegeben, ist endlich jene Ruhe gefolgt, welche allein eine Annäherung der Gegensätze, eine Verständigung unter jenen, welche gleichen Zwecken, wenngleich nicht auf gleichen Pfaden zustreben, ermöglicht: Man sieht keine Gespenster mehr, und man schafft auch keine. Die Discussion verweilt auf dem Boden der Thatfachen und untersucht die Parteiverhältnisse im nächsten Parlament. Das Bestreben, denselben Rechnung zu tragen, wird auch stets ersichtlicher, und in der That könnte man kaum noch von einer Realpolitik sprechen, wenn die Parteien, ohne die gegebenen Factoren zu berücksichtigen, ihren alten Dogmen folgen und für deren Unfehlbarkeit eintreten wollten. Daß die neue Parteiconstellation des Hauses übertriebenen Anforderungen, von welcher Seite immer sie kommen mögen, nicht günstig zu werden verspricht, beweist schon der Umstand, daß all diejenigen, von denen solche ausgehen könnten, nunmehr sichlich maßvoller werden und die Grenzen für ihre Wünsche viel enger ziehen, als dies sonst von ihrer Seite zu geschehen pflegte. Vergleicht man die gegenwärtigen Ansprüche der czechischen Parteien, so wird man, welcher Meinung man sonst über deren Ersprießlichkeit und Realisierbarkeit auch hulbigen sollte, jedenfalls eingestehen, daß sie im Vergleiche mit den früheren Aspirationen ein bescheideneres Maß angenommen haben. Wenn der neue Reichsrath in der That jenes Bild bieten würde, welches einige Organe von demselben zu entwerfen beflissen waren, wenn in demselben in der That das Stenerruder den der Verfassung und der Reichseinheit mißgünstigen Fractionen überantwortet worden wäre, dann hätten die Czechen wol keinen Grund zu einer Einschränkung ihrer Postulate gefunden, und sie würden auch nicht ihr einstiges „föderalistisches Programm“ in ein „autonomistisches“ verwandelt haben. Wol läßt sich darüber streiten, ob die hier gewählten Bezeichnungen an ihrer richtigen Stelle angebracht sind. Die Begriffe föderalistisch und autonomistisch sind dermaßen weit und vieldeutig, daß eine Einigung über ihren Inhalt schwer zu erzielen ist, aber unbestreitbar ist es, daß die Configuration des neuen Hauses die nationalen Parteien zu keiner Steigerung, sondern zu einer Verringerung ihres Begehrens bewogen hat, und daß der neue Reichsrath nicht ein Treibhaus zu werden verspricht, in welchem der Föderalismus besonders üppig emporzuschließen vermöchte.

Und so wie nach dieser Richtung die Zeit die Klärung und Beruhigung gebracht hat, wird es auch in mancher anderen Hinsicht werden. Die Gegensätze, welche einander fast die Waagschale halten, werden auch ihre Einwirkung auf einander äußern, und wenn vielleicht auch anfänglich die nach langer Zeit zum erstenmale zum Worte kommenden Parteien ihren Unmuth über die Vergangenheit zum Ausdruck bringen werden, so wird doch der Freiheit des Wortes keineswegs die Freiheit der That entsprechen. Die Gegensätze werden sich begnügen müssen, in Worten und Reden zur Geltung zu kommen. Die Entschließungen des Hauses werden jedoch sicherlich nicht den gleichen Schritt mit diesen halten. Die Vernunft wird doch stets über die Leidenschaft den Sieg davontragen, und wol in Erkenntnis dessen beginnen die Parteien ihre Kriegslinien zu dämpfen. Während die Fortschrittspartei auf jede Verstümmelung der Verfassung verzichtet, trachten die Czechen, das föderalistische Programm in ein autonomistisches umzugestalten, um eine Autonomistenmehrheit im Hause ins Leben zu rufen. Ob diese Mehrheit über das Maß der erforderlichen Autonomie je zu einem Einverständnis gelangen könnte, dies wollen wir vorberhand unerörtert lassen.

Im „Fremdenblatt“ begegnen wir folgenden Fragen und Erörterungen: „Sollen nur an der Verfassungspartei allein die Wahlen spurlos vorbeigezogen sein, soll sie allein kein Bedürfnis empfinden, den wechselnden Verhältnissen Rechnung zu tragen? Soll sie ferner in einer bloßen Oppositionspolitik verharren, in einer rein negativen Stellung? Ihre Organe discutieren unablässig die von uns so vielfach betonte Nothwendigkeit einer Partaireform. Sie negieren noch immer eine solche und fragen verwundert, ob denn die neue Reichspartei wirklich ein solches Bedürfnis wäre, ob in der Verfassungspartei nicht die wahre Reichspartei gewesen?“

Lange vor den Neuwahlen schon haben wir angesichts des Zerfalles der Verfassungspartei und der Ueberwucherung der Coterien im Hause hervorgehoben, daß endlich doch an die Stelle eines bloßen Parteien-Parlamentes ein Reichsparlament kommen müsse, mit einer Reichspartei und einer Reichspolitik. Wir thaten dies angesichts des beklagenswerthen Anblickes, welchen die Abstimmung über den Berliner Vertrag bot. Wie viele Anträge und wie viel Bestrebungen entfeimten da nicht dieser angeblich einen Partei? Einfacher Uebergang zur Tagesordnung, Ablehnung des Vertrages, Annahme mit einem Tadel gegen die Regierung, Annahme ohne jeden Tadel — das waren Standpunkte, die von den Fractionen im Hause innegehalten wurden. In den einzelnen Klubs liefen die Tendenzen noch wirrer durcheinander. Und gerade

anlässlich dieser Frage traten die Schattenseiten der liberalen Partei-Desorganisation am meisten hervor. Auf der Regierungsbank ein verfassungstreues Ministerium, dem von dem größten Theile der Partei der Gehorsam aufgekündigt wurde, auf den Deputiertenbanken Führer, welche keine Partei mehr hinter sich hatten. Nicht anders als in dieser war es auch in jeder andern Frage, und nichts blieb stetig als die Tendenz, zu negieren. Es wurden nicht die großen Gesichtspunkte, ohne welche die Politik zu einem kleinen Parteigewirre ausartet, den Klubs auferlegt, sondern die Klubmaximen auf die großen Tagesfragen verpflanzt.

Kann eine Partei, welche einen dauernden Einfluß auf die Schicksale des Reiches ausüben will, eine ähnliche Taktik verfolgen? Kann überhaupt eine Partei, welche ihren Beruf stets, und selbst wenn sie in der Majorität ist, nur in der Opposition und nicht im positiven Schaffen, im activen Eintreten für die Interessen des Staates erblickt, einen solchen Einfluß, wenn sie ihn einmal erlangt hat, auch dauernd behaupten? Nicht die Grundsätze, auf denen die Verfassungspartei beruht, erheischen eine Aenderung, wol aber die Tendenz, welche sie beherrscht hat, der sie in der letzten Zeit mit besonderem Eifer gedient hat und welche sie im vorhinein in Gegensatz mit allem und schließlich in Gegensatz mit sich selbst gebracht hat. Zu einer Zeit, wo die staatsrechtlichen Parteien die Politik der Passivität aufgeben, ist es auch für die Verfassungspartei an der Zeit, jene der Negation aufzugeben und sich Rücksichten unterzuordnen, welche nicht in erster Linie den Interessen der Partei, sondern jenen des Reiches förderlich sein müssen. Ihre Politik muß den Stempel der excludierten Parteitaktik verlieren, sie muß von den positiven, realen Zwecken erfüllt sein, welchen der Staat sich nicht entfremden kann und welche ohne Rücksicht auf die jeweiligen Träger des Portefeuilles erreicht werden müssen. Wenn die Verfassungspartei oder doch ein namhafter Theil derselben diese Bahn betritt, dann wird es im neuen Hause neben den Fractionen, welche nur an ihre Sonderzwecke denken, auch eine solche geben, welche auch an das Reich, seinen Frieden, seine Consolidierung und die zahlreichen, allen Parteien in gleicher Weise zum Vortheile gereichenden Aufgaben nicht vergessen wird, und wir wissen nicht, wie einer solchen Partei ernsthaft ihre Berechtigung abgesprochen werden kann.“

Die Wucherfrage.

Einige Wiener Journale brachten vor kurzem Nachricht, daß das österreichische Justizministerium mit der Ausarbeitung eines Wuchergesetz-Entwurfes be-

Feuilleton.

Pfarrkirche und „Schatzkammer“ in Belde.*

Von P. v. Radics.

Auf einer kleinen Anhöhe am Fuße des Schloßberges liegt die dem heiligen Martin geweihte Pfarrkirche des Ortes Belde.

Ein mächtiger, massiver Glockenthurm — der drei Bauperioden aufweist — gibt diesem Gotteshause im Vereine mit dem hierlands vielfach üblichen, dem Hauptportale vorgestellten, zur Aufnahme einer größeren, über den Fassungsraum der Kirche hinausgehenden Anzahl von Andächtigen bestimmten, gedrehten und nach seitwärts geöffneten hallenartigen Vorbaue mit der noch aus den Schreckenstagen der „Türkenvisiten“ stammenden Ringmauer des „Labors“, die heute dem Detsfriedhof als Umfassung dient, und im Vereine mit der im Innern der Kirche trotz Um- und Zubauten nachweisbaren Gothik ein so eigenthümlich gemischtes Gepräge, wie man es wol selten an einem und demselben Kirchenbau antreffen mag.

Im Musikchore, im Presbyterium und auch im Glockenthurme finden sich — wie schon angedeutet — noch deutliche Reste der Späthgothik.

Von archäologischem Interesse ist aber namentlich die Wölbung unter dem Musikchore, die, mit derin der daraustretenden ersten Etage des Thurmes befind-

lichen, in den Hauptumrissen gut erhaltenen Gothik zusammengehalten, zu dem Schlusse berechtigt, daß in diesem heutigen Eingangstheile der Kirche die älteste Anlage derselben zu suchen sei.

Es ist hier nicht der Ort, dies näher zu erörtern, doch bin ich für den Hinweis auf diese Construction des Thurmes dem mir äußerst freundlichen hochwürdigen Herrn Pfarrer Umek zu besonderem Danke verpflichtet.

Die Pfarrkirche von Belde, die einige gute Bilder aufweisen kann und an ihrer Außenseite mit guten Fresken aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts versehen ist (solche Fresken zeigt auch das zwischen Kirche und neuem Pfarrhof gelegene alte Pfarrgebäude), umschließt am Eingange ins Presbyterium die Gruft des alten krainischen Geschlechtes der Freiherren v. Grimshiz, der früheren Eigenthümer des heute im Besitze Sr. Excellenz des Baron Schwegel befindlichen, in unmittelbarer Nachbarschaft von Belde gelegenen Schloßes Grimshizhof.

Johann Ludwig v. Grimshiz erbaut die eine der Kapellen in der Beldeker Pfarrkirche, und zwar die dem heiligen Anton von Padua geweihte.

Die bei der Pfarre Belde erliegenden Taufbücher reichen bis zum Jahre 1670 zurück, und eröffnete dieses älteste Taufbuch die Agnes Schwegel, Tochter des Carl und der Marina Schwegel aus Bellach.

Der besonderen Liebenswürdigkeit des obengenannten hochwürdigen Herrn Pfarrers von Belde danke ich weiters die Einsicht in die — „Schatzkammer“ von

Inselwerth. Man denke nicht an die Schatzkammern von Maria-Zell oder anderer vielgenannter Gnadenorte, wo seit Jahrhunderten die Großen und Mächtigen der gläubigen katholischen Welt zusammenströmen.

Der Schatz der Wallfahrtskirche Maria-See beschränkt sich auf nur wenige werthvolle Gegenstände, aber diese verdienen volle Beachtung.

Von hervorragendem Interesse ist unter den vorhandenen Stücken ein Reliquienhalter in Monstranzform aus dem XIV. Jahrhundert mit Reliquien des Alboin, Bischofs von Brigen (Säben), dem bekanntlich Kaiser Heinrich II. im Jahre 1004 das Schloß Belde für seine Kirche geschenkt hatte. Die den Reliquien beigeichlossene Authentik stammt aus dem Jahre 1580 von Nicolaus Stana, Bischof und Minoriten.

Weiters ist von Werth eine schöne Monstranze aus dem XVI. Jahrhunderte mit Wappen und Gravuren, sowie mit schönen eingelekten Steinen.

Ein Rosenkranz aus Bernstein überrascht durch die Größe der „Kugeln“.

Da gibt es ferner schöne Kelche, silberne und vergoldete, dann Botivgaben, Kerzen aus Bergkrythall, mit Silber eingefast, ganz aus Silber, Füße aus Silber, Siegelstöcke aus Silber und mit Steinen u. dgl. m.

Einen besonderen lokalgeschichtlichen Werth aber hat die heute schon sehr seltene, weil zur Zeit ihrer Ausprägung schon rare Prämienmünze „der evangelischen Landschaftschule in Krain“ aus dem Jahre 1584, als der berühmte schwäbische Gelehrte und Theo-

* Aus dem soeben erschienenen „Führer für Belde“.

schäftigt sei und dieser Entwurf schon dem im heurigen Herbst zusammen tretenden Parlamente zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt werden soll.

Eine authentische Bestätigung dieser Meldung liegt zwar bis heute noch nicht vor, aber nach Ansicht des „Prager Abendblatt“ hat diese Nachricht insofern große Wahrscheinlichkeit für sich, als die Regierung schon vor längerer Zeit von sämtlichen Handelskammern und autonomen Körperschaften der westlichen Reichshälfte Gutachten darüber abgefordert hat, ob die Erlassung von strafgesetzlichen Bestimmungen gegen den Wucher sich als notwendig herausstelle, und die große Mehrzahl dieser Gutachten bejahend lautet. Allerdings sind die positiven Vorschläge, welche an die einzelnen Voten geknüpft wurden, sehr widersprechend und mitunter geradezu undurchführbar, in dem Einen Punkte jedoch nahezu sämtliche Kundgebungen überein, daß unter allen Umständen etwas geschehen müsse, um dem in erschreckender Weise überhandnehmenden Wucherumwesen Schranken zu setzen. Namentlich sind es die autonomen Körperschaften, welche die Erlassung eines Wuchergesetzes als in hohem Grade dringlich bezeichnen, obgleich auch sie in Verhören ihrer Ueberzeugung Ausdruck geben, daß selbst die strengsten Strafbestimmungen nicht im Stande sein werden, den Wucher gänzlich auszurotten.

Was die Handelskammern betrifft, so haben dieselben ohne Ausnahme die Initiative der Regierung in der Wucherfrage zustimmend begrüßt und nur dagegen sich ausgesprochen, daß ein Maximalzinsfuß gesetzlich fixiert werde, weil eine solche Maßregel wol die freie Bewegung des Kapitals, nicht aber auch den Wucher behindern würde. Im übrigen plaidiert die Mehrheit der Kammern dafür, daß in dem neu zu erlassenden Wuchergesetz weniger die Ueberschreitung eines gewissen Zinsmaßes, als vielmehr die planmäßige Ausbeutung der Noth, des Leichtsinnes oder der Verstandeschwäche mit Strafen belegt werde. Als Vorbild empfehlen sie jene Bestimmungen, welche die vom deutschen Reichstage zur Enquete über die Wucherfrage eingesetzte Kommission beschlossen hat. Dieselben lauten:

„Wer unter Ausbeutung der Nothlage, des Leichtsinnes oder der Unerfahrenheit eines andern für ein Darlehen oder im Falle der Stundung einer Geldforderung sich oder einem Dritten Vermögensvortheile versprechen oder gewähren läßt, welche den üblichen Zinsfuß dergestalt überschreiten, daß nach den Umständen des Falles die Ueberschreitung in auffälligem Mißverhältnisse zu der Leistung steht, wird wegen Wuchers mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafen bis zu 1500 Mark bestraft. Wer sich oder einem Dritten die wucherischen Vermögensvortheile verschleiert oder wechselmäßig oder unter Verpfändung der Ehre, auf Ehrenwort, eidlich oder unter ähnlichen Versicherungen oder Betteuerungen versprechen läßt, wird mit Gefängnis bis zu Einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark bestraft. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Dieselben Strafen treffen denjenigen, welcher mit Kenntnis des Sachverhaltes eine Forderung der vorbezeichneten Art erwirbt und entweder dieselbe weiter veräußert oder die wucherischen Vermögensvortheile geltend macht. Wer den Wucher gewerbs- oder gewohnheitsmäßig betreibt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten und zugleich mit Geldstrafen von 150 bis 6000 Mark bestraft. Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“

loge Nicodemus Frischlin Rector dieser Schule gewesen.

Dieser „Chrypfennig“ der Landschaft, der den „Fleißigen“ als Belohnung für die Fortschritte im Sinne der gleichzeitig mit der Stiftung der Medaille erlassenen neuen Studienordnung ausgesetzt war, besteht in einem Goldstücke (beiläufige Größe eines heutigen Viertel-Guldenstückes) und zeigt auf dem Avers das Wappen des Herzogthums Krain, den einköpfigen Adler mit dem geschachteten Halbmond an der Brust, auf dem Revers die Legende: „Praemium scholae Provincialis Carnioliae 1584.“

Wie kam dieses „lutherische“ Münzstück in den „Schatz“ der Wallfahrtskirche?

Wahrscheinlich als „Opfer“ eines prämierten ausgezeichneten Schülers, der in den bald darauf erfolgten Tagen der Gegenreformation sich dem katholisch geistlichen Stande gewidmet und mit der Hingabe dieses „Chrypfennigs“ der evangelischen Landschaft jedes Gedenken seiner früheren Theilnahme an der „Ketzerei“ abthun wollte!

Der seiner Größe nach — wie gesagt — nicht bedeutende Schatz von Inselwerth war in der Epoche der französischen Zwischenherrschaft in Krain (1809 bis 1813) der Gegenstand lebhaften Begehrens seitens der neuen Herren und in Folge dessen auch der unmittelbare Anlaß zu einer neuen „Szene“ zwischen den französischen Beamten und der Bevölkerung von Belbes und seiner Umgebung!

Die Weiber waren es, die sich der beabsichtigten Wegnahme des Inselatzes in Massen und bewaffnet

Eine große Meinungsverschiedenheit herrschte in den einzelnen Kammern darüber, ob man sich für die von vielen Seiten empfohlene Einschränkung der Wechselbarkeit aussprechen solle oder nicht. Wol wurde allseitig anerkannt, daß die derzeit bestehende unbeschränkte Wechselbarkeit große Schattenseiten habe und namentlich für die bäuerliche Bevölkerung in hohem Grade nachtheilig sei; allein andererseits fürchtet man wieder, daß eine zu weit gehende Beschränkung in dieser Richtung der freien Entfaltung des Verkehrs, der unter den heutigen Verhältnissen selbst bei der Bodenbewirtschaftung des kaufmännischen Charakters nicht ganz entzogen kann, abträglich wäre. Auch hat die Erfahrung in anderen Ländern, wo die Wechselbarkeit beschränkt war, gezeigt, daß die Wucherer stets Mittel und Wege zu finden wußten, für ihre unsauberen Geschäfte den Wechsel entbehrlich zu machen, indem sie Notariatsurkunden, scheidrichterliche Urtheile, Kauf-, Tausch- oder Pachtverträge, Schenkungen u. an die Stelle der Accepte treten ließen. Trotzdem haben einzelne Handelskammern, zahlreiche Bezirksvertretungen und die meisten landwirtschaftlichen Vereine sich dafür ausgesprochen, daß die Wechselbarkeit auf den eigentlichen Kaufmannsstand, beziehungsweise auf protokollierte Firmen, auf Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, dann auf Grundbesitzer, welche auch landwirtschaftliche Gewerbe betreiben, beschränkt werde.

Natürlich erscheinen damit die Vorschläge zur Bekämpfung des Wucherumwesens nicht erschöpft. Im Gegentheil heben die meisten der eingelangten Gutachten ausdrücklich hervor, daß von wirthschaftlichen Reformen, namentlich von der Verbesserung der Kreditorganisation, Ausbreitung und Erleichterung des Genossenschaftswesens, rascherer Durchführung der bereits im Zuge befindlichen Grundbuchreform und Grundsteuerregulierung, vor allem aber von der durch unsere neuen Schulgesetze angebahnten Hebung der allgemeinen Volksbildung weit mehr zu erwarten sei, als von noch so strengen oder noch so rationell abgefaßten Wuchergesetzen, die unter allen Umständen nur als Palliativmittel betrachtet werden müssen.

Die wirksamste Schutzwehr gegen den Wucher sei eine entsprechende wirthschaftliche Entwicklung der Bevölkerung, die jedoch nur allmählich erreicht werden könne. Erst wenn das Volk selbst so weit in der Intelligenz vorgeschritten sein werde, daß Leichtsinns, Genußsucht, Hang zum Spiele, Müßiggang, Trunksucht und Prozeßsucht und ähnliche in manchen Gegenden unserer Monarchie leider noch sehr häufig vorkommende üble Eigenschaften zu den sporadischen Erscheinungen gehören werden, können die Quellen des Wuchers als verstopft und damit auch der Wucher selbst als besiegt angesehen werden.

Zeitungschan.

Das Vaterland deutet an, daß die czechischen Abgeordneten mit einer Art Rechtsverwahrung in den Reichsrath eintreten dürften, wie die mährischen Abgeordneten vom Jahre 1874, jedoch in präciserer Form. Das genannte Blatt möchte diese Verwahrung noch vor Ablegung des Gelübnisses abgegeben wissen. Mit einer solchen Salvirung des eigenen Standpunktes wäre eine dauernde Mitwirkung der Böhmen an der gemeinsamen Arbeit gesichert.

Die Deutsche Zeitung erwartet vom Grafen Taaffe kräftige Wahrung der österreichischen Interessen gegenüber den ungarischen in der Frage der Sissel-Nowibahn und der Herstellung der Linie Pantsohova-

Rikinda. Er werde in diesem Falle ganz Oesterreich hinter sich haben.

Das Extrablatt will erst in dem bedingungslosen Eintritte der Czechen in den Reichsrath den notwendigen Beweis dafür erblicken, daß es denselben nicht um Herrschaft, sondern um „loyalen“ Einfluß auf die Angelegenheiten Oesterreichs zu thun sei.

Der Mährische Korrespondent schildert den Kampf und die Verworrenheit im czechischen Lager und fragt, welche Vortheile sich die Czechen davon versprechen, daß sie täglich den Grafen Taaffe haranguieren.

Die Silesia glaubt, was immer die Czechen beschließen mögen, dürfe man ruhig den Eintritt des Reichsraths abwarten und brauche an der Zukunft nicht zu verzweifeln.

Die Reichenberger Zeitung ist der Meinung, daß sich die Czechenführer über ihr Vorgehen noch nicht klar geworden sind.

Auch die polnischen Blätter beschäftigen sich gelegentlich mit dem Verhalten der Czechen. Die Gazeta Narodowa ist angesichts der auf czechischer wie auf polnischer Seite gleich deutlich zum Ausdruck gekommenen Annäherungstendenz der Meinung, daß mit den positiven Verhandlungen nicht länger zu zögern sei, und daß die Lemberger und Krakauer Fraction bei letzteren in gleicher Stärke vertreten sein sollen. Der Dziennik polski gibt den Czechen zu bedenken, daß etwaiges Coquettieren mit Rußland sie der polnischen Sympathien sofort verlustig machen würde. Czasa legt auf einen galizischen Minister ohne Portefeuille im österreichischen Ministerium einen großen Werth, welcher der Ernennung eines Fachministers aus Galizien nicht im gleichen Grade innezuwohnen würde.

Die Lage in Montenegro.

In Cetinje erblickt man, wie der „Pol. Kor.“ mitgetheilt wird, in der Absehung Hussein Paschas ein erfreuliches Zeichen der Annäherung seitens der hohen Pforte; man hielt es deshalb auch in Cetinje für angezeigt, von montenegrinischer Seite dies Entgegenkommen durch irgend einen Act der Freundlichkeit zu erwidern. Der Fürst beschloß also, sein Land am Hofe des Sultans vertreten zu lassen. Für diesen momentan freilich nicht allzu wichtigen Posten wurde der bisherige Minister des Aeußern, Stanlo Radonić, ausersehen, der mit den am Bosphorus herrschenden Verhältnissen ziemlich vertraut ist und dort von seiner letzten Mission her eine angenehme Erinnerung hinterlassen hat. Nach erfolgter Grenzregulierung dürfte Herr Radonić allerdings keine besonderen Interessen in der türkischen Hauptstadt zu vertreten haben.

Der Lauf der Ereignisse, welche an die Stelle des ewig unruhigen ottomanischen Nachbarn in der Herzegowina die wohlwollenden österreichisch-ungarischen Militär- und Zivilbehörden setzten, hat ja die Zahl der geographischen und politischen Berührungspunkte zwischen Montenegro und der Türkei bedeutend verringert. In Albanien aber ist die montenegrinische Interessensphäre aus ethnographischen und religiösen Gründen eine äußerst geringe. Die Thätigkeit des Vertreters des Fürsten am Goldenen Horn dürfte also fürs erste eine bescheidene sein, und Herr Radonić wird hauptsächlich die harmlose Mission haben, durch seine Anwesenheit in der ottomanischen Metropole Zeugnis für den in Cetinje gehegten Wunsch abzulegen, mit dem traditionellen Segner künftighin in Frieden und Freundschaft zu leben. Ob die Herren Albanesen, in deren Lande die Autorität der Pforte im fort-dauernden Sinken begriffen ist, die Realisirung dieses Wunsches in vollem Maße ermöglichen werden, ist freilich eine Frage, auf welche erst die Zukunft Antwort zu ertheilen vermag.

Nachdem die in Cetinje weilenden Vertreter Italiens und Englands nach Skutari abgereist waren, beschloß der Fürst, einen Ausflug nach der dalmatinischen Grenze zu machen, um die neu durchgebrochene, Dalmatien mit Montenegro in bequemer Weise verbindende Handels- und Verkehrsstraße zu besichtigen. Vom k. und k. Ministerresidenten v. Thömmel, ferner von mehreren czernagorischen Würdenträgern und einer Militärsuite begleitet, begab sich Nikolaus I. über Njeguš, dem Stammsitz seines Hauses, nach Krstac, Pričevo-Guvno und dem auf österreichischem Territorium liegenden Gorota-Trulo und nahm sämtliche auf dieser Route vollendeten Arbeiten in Augenschein. Der Fürst zeigte sich über den raschen Fortgang der letzteren sehr befriedigt und bat den Obersten von Thömmel, er möge seinen (des Fürsten) lebhaften Dank für die eifrigen, auf die Beschleunigung der internationalen Straße gerichteten Bemühungen dem k. k. Statthalter Freiherrn von Rodich übermitteln. Der Fürst erblickt in diesen Maßregeln der k. k. Behörden eben einen neuen Ausdruck des von Montenegro nach Gebühr gewürdigten Wohlwollens, welches die k. und k. Regierung stets, namentlich aber in der letzten Zeit, für Montenegro an den Tag gelegt hat. Er erwartet zugleich von der neuen Kunststraße eine wesentliche Besserung der ökonomischen Verhältnisse in den an der montenegrinisch-dalmatinischen Grenze liegenden Nahijen.

widersetzten, nachdem die Männer alle Schiffe zur Ueberfuhr nach der Insel, wo damals noch die Schatzkammer sich befanden, beseitigt hatten.

Die Bade-Inhaber in aus Schalkendorf, Ursula Ferjan, war es, die bei dieser Emeute der Weiber die Rolle der Amazonenführerin spielte und dem Pferde des Forstmeisters in die Zügel fiel, daß die Trense brach. Sie drohte weiters den Reiter von seinem Sitz herabzureißen — sie war ein überaus starkes, sehniges Weib. Der Ueberraschte ergriff seine Pistole, und der Schuß fiel. Glücklicherweise fuhr er — nur das Kleid der Badbäuerin streifend — in den Boden.

Doch auf den Schuß und auf das ununterbrochene Sturmkläuten in der Inselkirche kamen nun auch die Männer aus ihren Hinterhalten hervor und nöthigten den französischen Steuereinnnehmer (Receveur), den Forstmeister und die Gendarmen zum — „geordneten Rückzuge“.

Daß dieser möglich war, dankten die Franzosen dem besonnenen Einschreiten des Maire von Belbes, Zgnaz Novak, und seines Adjuncten Anton Potočnik, welcher letzterer eine seither vielfach benützte und mitunter auch novellistisch ausgeschmückte Schilderung des Ereignisses hinterlassen hat.

Dem Takte der beiden genannten, bei dem Volke der Umgegend sehr populär gewesenen Männer ist es auch zuzuschreiben, daß es bei dem Aufstand „der Weiber von Belbes“ zu keinem Blutbade gekommen war!

Die Behebung von Handel und Wandel und die damit Hand in Hand gehende Hebung der materiellen Verhältnisse des Fürstenthumes gestalten sich für das kleine Land immer mehr und mehr zur Lebensfrage. Die letzten Kriegsjahre haben der Arbeit die tüchtigsten Kräfte dauernd entzogen, und die Erhaltung der Familien fiel als harte Pflicht den Weibern zu. Die von den Fahnen Entlassenen fanden daher ihre Angehörigen in äußerst bedrängten Lagen, und es blieb gar vielen nichts übrig, als sich ins Ausland zu begeben und neue Erwerbsquellen aufzusuchen. Der Strom der Emigration schwillt noch immer an, und die Zahl der Ausgewanderten wird bereits auf 8- bis 10,000 berechnet. Viele begeben sich in die verschiedenen Provinzen der Türkei, andere suchen Serbien auf, eine ansehnliche Anzahl wanderte nach Bosnien und in die Herzegowina aus, wo die Arbeit lohnend ist und deren Früchte gegenwärtig jedermann durch strenge Handhabung des Rechtes garantiert sind. Dadurch wird die Situation der Zurückbleibenden allerdings einigermaßen verbessert, denn nun sind die Arbeitgeber in ein richtigeres Verhältnis zu den Arbeitnehmern gebracht worden.

Der erkrankte Minister des Innern, Maša Berbica, ist erfreulicherweise geneset und hat bereits seine Functionen wieder aufgenommen. Uebrigens dürfte dadurch die Nothwendigkeit eines partiellen Ministerwechsels nicht behoben werden. Erstens muß der Posten des Ministers des Aeußern neu besetzt werden, dann ist das Bedürfnis, das Portefeuille des Unterrichts einer competenten Persönlichkeit anzuvertrauen, ein allgemein empfundenes, endlich steht aus verschiedenen Gründen das Ausscheiden des Finanzministers aus dem Kabinette bevor. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß der bisherige Ministerpräsident Božo Petrović bald mit der Mission betraut werden wird, ein, wenn auch nicht durchaus neues, so doch aus einem Theile der alten und mehreren neuen Mitgliedern zusammengesetztes Kabinet zu bilden.

Politische Rundschau.

Ueber den Zusammentritt der Landtage liegt eine neue Version vor, welche im Widerspruche mit den bisherigen Meldungen den baldigen Beginn der Landtagsession in Aussicht stellt. Wie man nämlich aus Linz schreibt, circuliert in den Kreisen der oberösterreichischen Abgeordneten das Gerücht, daß der oberösterreichische Landtag für Ende August oder spätestens für Anfang September einberufen werden soll. Man spricht von einer vorläufig nur vierzehntägigen Dauer der Landtagsession, nachdem die Reichsraths-session in der ersten Hälfte des Monats October beginnen soll.

Aus Wien wird einem Provinzblatte geschrieben, die Minister Dr. Glaser und Freiherr v. Pretis würden zu oder unmittelbar vor Beginn der neuen Legislaturperiode aus dem Kabinette ausscheiden und drei Mitglieder der Reichspartei für die Portefeuilles des Innern, das Graf Taaffe übergibt, der Justiz und der Finanzen in die Regierung eintreten. Minister R. v. Chlumetzki, der kein Abgeordnetenmandat erhielt, soll ins Herrenhaus berufen werden.

Mittheilungen, welche der „Pol. Kor.“ gestern zutamen, bestätigen die Meldung, daß der türkische Botschafter in Wien, Edhem Pascha, einen zweimonatlichen Urlaub angefordert habe, um sich zur Regelung von Privatverhältnissen nach Konstantinopel zu begeben. Es wird jedoch hinzugefügt, daß Edhem Paschas Verlangen von Konstantinopel aus abschlägig beschieden und er ersucht worden sei, angesichts der totalen Aenderung, die sich in den türkischen Regierungssphären soeben vollzogen hat, auf die Realisierung seines Wunsches vorläufig zu verzichten. Unter den Persönlichkeiten, an die von Konstantinopel seinerzeit die Anfrage ergangen war, ob sie geneigt wären, die Mission zu übernehmen, mit den griechischen Kommissären über die Berichtigung der türkisch-griechischen Grenzen zu verhandeln, soll sich Edhem Pascha gleichfalls befinden, jedoch auf die diesbezügliche Einladung eine negative Antwort ertheilt haben.

Der Präsident der internationalen Grenzkommission, Konsul Auberet, wird sich mit dem serbischen Kommissär, Oberstlieutenant Verinovic, und dem Major Mitkovic nach der Grenze bei Mali-Zwornik begeben, um auch dort die formelle Grenzberichtigung durchzuführen. Die übrigen internationalen Kommissäre verbleiben noch einige Zeit in Belgrad und sind mit der Ausarbeitung der Detailprotokolle beschäftigt. Außer den schon erwähnten 22 Dörfern erhielt Serbien noch weitere 20 Dörfer am Ropavnikgebirge zugesprochen. Die Zugehörigkeit dieser von den Serben bereits besetzten 20 Dörfer war bisher eine strittige Frage, die nunmehr durch die internationale Kommission zugunsten Serbiens entschieden wurde.

Wie ferner verlautet, hat der Ministerrath den zwischen den Vertretern Oesterreich-Ungarns und Serbiens vereinbarten Eisenbahnconventions-Entwurf mit unwesentlichen Modificationen genehmigt. Infolge dessen erwartet man die Ernennung der serbischen Delegierten, welche, mit den nöthigen Vollmachten seitens der serbischen Regierung ausgerüstet, behufs

definitiven Abschlusses der genannten Convention sich nach Wien begeben werden.

Auch die zweite nach Karlovo abgeschickte Kommission hat bis zur Stunde kein Resultat geliefert, und es gewinnt immer mehr den Anschein, daß die Schuldigen straflos ausgehen werden. Es wird vielfach behauptet, daß die „Alliance Israelite“, um die in der bulgarischen Bevölkerung gegen die Juden entfachten Leidenschaften zu beschwichtigen, selbst für mildestes Vorgehen plaidiert und bloß die Bestrafung einiger Rädelsführer anstrebt. Zu diesem Zwecke soll auch Herr E. F. Veneziani, Bruder des in Karlovo mißhandelten Daniel Veneziani, hieher geschickt worden sein. Derselbe hatte bereits mehrere Unterredungen mit dem Direktor der inneren Angelegenheiten, Herrn Krestovic, und dem Grafen Joseph, welche dem Delegierten der „Alliance Israelite“ einen ehrenvollen Empfang bereiteten.

Tagesneuigkeiten.

— (Der Nordpolfahrer Payer), welcher bekanntlich vor längerer Zeit den österreichischen Dienst quittiert hat, hat sich nun in Frankfurt a. M. als Historienmaler niedergelassen.

— (Eisenbahnarbeiten.) Die Arbeiten zur Herstellung der Eisenbahnlinie Mürzzuschlag-Neuberg nehmen einen raschen Fortgang; der Unterbau ist bei den verhältnismäßig geringen Schwierigkeiten fast vollendet, und wurde bereits mit dem Baue der Bahnhofsgebäude in Kapellen und Neuberg begonnen. Man hofft diese neue Strecke bis längstens 15. October d. J. dem Verkehr übergeben zu können.

— (Schutzbauten in Szegebin.) Die auswärtigen Fachgelehrten haben, nachdem sie aus Szegebin zurückgekehrt waren, erklärt, daß sie spätestens bis Ende August ein auf die hydrotechnischen Arbeiten in und um Szegebin bezügliches motiviertes Gutachten abgeben werden, damit mit den nöthigen Arbeiten je eher begonnen werden könne. Das Gutachten wird sich namentlich auf die Frage der eventuellen Ableitung der Marosmündung, der Ausweitung des Flußbettes, respective der Zurücksetzung der Dämme bei Szegebin, und auf die Frage beziehen, ob die Perckeraer Dämme der ganzen Strecke entlang, und in welcher Weise sie besser in Stand gesetzt werden sollen oder nicht. Die Aufrechterhaltung des Ringdammes, respective die entsprechende Instandsetzung desselben auf die ursprünglich geplante Höhe könne gar nicht Gegenstand einer Discussion bilden. Ob der Ringdamm beim sogenannten Bakto ein wenig abgerundet und dadurch um ein Geringes abgefürzt werden soll oder nicht, sei eine ganz untergeordnete Frage.

— (Aus der Touristenwelt.) Am 25. Juli wurde der Montblanc zum ersten male heuer bestiegen, und zwar von drei Oesterreichern, dem Markgrafen Pallavicini, Dr. Bruno Wagner und von dem bekannten touristischen Schriftsteller Meurer. Der Anstieg dauerte des vielen Neuschnees halber 15 Stunden; bei ihrer Rückkunft wurden die Reisenden, welche von drei Führern begleitet waren, mit Pöllerschüssen empfangen.

Lokales.

Aus dem Gemeinderathe.

Laibach, 1. August.

Vorsitzender: Bizebürgermeister Bürger; Schriftführer Magistratskanzleileiter S. Mihalic. Anwesend 17 Gemeinderäthe. Zu Verificatoren des heutigen Sitzungsprotokolles nominiert der Bizebürgermeister die Gemeinderäthe Ziegler und Pirker.

I. Bericht der Schulsection.

GR. Pirker beantragt namens der Section die Remunerierung des Religionslehrers Herrn Koller an der städtischen Excurrendschule auf dem Carolinengrunde für das abgelaufene Schuljahr im Betrage per 50 fl. (Angenommen.)

II. Bericht der Finanzsection.

GR. Dr. v. Schrey beantragt namens der Section: Der Gemeinderath wolle den Magistrat ermächtigen, um Bewilligung zum Fortbezuge der Pflastermauth auf weitere fünf Jahre einzuschreiten. (Wird ohne Debatte genehmigt.)

III. Berichte der Bausection.

1.) GR. Ziegler referiert namens der Section und beantragt:

a) Die Nothwendigkeit der Erweiterung des städtischen Archives im zweiten Stockwerke des Rathausgebäudes wird anerkannt und der Bau nach dem Projekte des städtischen Bauamtes im Gesamtaufwande per 1180 fl. mit dem Bemerken genehmigt, daß derselbe mittelst Accord hintanzugehen sei und die hiefür präliminierte Summe in keiner Weise überschritten werden darf;

b) der Magistrat wird beauftragt, zu veranlassen, daß diese Reconstructions- und Adaptierungsarbeiten sogleich in Angriff genommen werden, um bei der günstigen Bauzeit noch rechtzeitig zur Durchführung zu gelangen;

c) nach Vollendung des Baues ist die Collaudierung vorzunehmen und der ganze Liquidationsact dem Gemeinderathe vorzulegen.

GR. Regali befürwortet die Vergebung der Adaptierungsbauten im Licitationewege.

Referent GR. Ziegler erwidert, diesem Ansuchen sei bereits in den Sectionsanträgen entsprochen.

GR. Deschmann unterstützt die Sectionsanträge wärmstens, da die Adaptierung dringend nothwendig sei. In einem Theile des jetzigen Registraturslokales, der sehr feuergefährlich ist, befinden sich werthvolle historische Acten vom Jahre 1490 bis 1719, deren Verlust unersetzlich wäre.

Bei der Abstimmung werden die Sectionsanträge angenommen.

2.) GR. Ziegler beantragt namens der Section:

a) Die Nothwendigkeit der Regulierung, respective Erweiterung der Dampfmühlgasse in der Strecke längs des Ackergrundes des Herrn Jakob Zupancic wird anerkannt und die hiefür entfallende Entschädigung per 400 fl. mit Einbeziehung der Beitragsleistung der krainischen Industrie-Gesellschaft per 100 fl. genehmigt.

b) Der krainischen Industrie-Gesellschaft wird für die zur Straßenerweiterung nöthige unentgeltliche Grundabtretung und für den gespendeten Betrag per 100 fl. der Dank der Gemeindevertretung ausgesprochen und der Magistrat beauftragt, dieselbe hievon zu verständigen.

GR. Josef Luckmann erklärt, er enthalte sich als Verwaltungsrath der krainischen Industrie-Gesellschaft der Abstimmung.

Die Anträge der Section werden hierauf angenommen.

3.) GR. Ziegler referiert namens der Section über den Mißerfolg der Subscriptionseinleitung von freiwilligen Beiträgen zum projektierten Brunnenbaue auf dem Deutschen Plaze, und beantragt: Nachdem die absolute Nothwendigkeit der Neuherstellung eines Brunnens auf dem Deutschen Plaze nicht als dringendes Bedürfnis angesehen werden kann und im Laufe dieses Jahres sehr nothwendige Kanalisierungsarbeiten zur Ausführung gelangen sollen, den Bau dieses Brunnens bis zu jenem Zeitpunkte zu verschieben, wo der Bedarf desselben sich als unbedingt nothwendig herausstellen wird.

GR. Dr. Pfefferer sagt, der Bau des Brunnens sei vom Gemeinderathe beschlossen, müsse also auch ausgeführt werden. Die Verschiebung des Baues wurde nur dadurch veranlaßt, weil GR. Regali eine monumentale Ausstattung des Brunnens durch freiwillige Beiträge der in nächster Nähe wohnenden Hausbesitzer befürwortete. Der Bau des Brunnens sei daher im Sinne des betreffenden Gemeinderathsbeschlusses auszuführen.

Im weiteren Verlaufe der Debatte, an welcher sich die Gemeinderäthe Dr. Suppantitsch, Dr. von Schrey, Dr. Schaffer, Potočnik, Regali, v. Huber und der Referent Ziegler betheiligen, werden eine Reihe von Anträgen gestellt, bei der Abstimmung jedoch der Sectionsantrag angenommen.

4.) GR. Ziegler referiert namens der Section über die Petition hiesiger Frauen um Belassung der noch vorhandenen achtzehn Bäume in der Franz-Josephstraße an ihrer Stelle. Referent erklärt, daß diese Petition der Frauen durch die erflossene Entscheidung der Regierung bereits erledigt sei. Dieselbe hält zwar prinzipiell an der Entfernung der Bäume fest, gestattet jedoch, daß dieselben vorläufig stehen bleiben. Die Section stellt weiters den Antrag, die Regierung zu ersuchen, im Falle die jetzt stehenden Bäume seinerzeit entfernt werden müßten, dieselben durch kleinere Bäume, ähnlich jenen in der Maria-Theresienstraße, ersetzen zu dürfen.

GR. Dr. Bleiweis ist gegen die Entfernung der jetzt stehenden großen Bäume, desgleichen Gemeinderath Regali.

GR. Deschmann betont, nur das Straßenärar, respective die Landesregierung habe über das Verbleiben der jetzt stehenden Bäume zu entscheiden.

Referent GR. Ziegler, den Sectionsantrag befürwortend, sagt, die Frauen Laibachs haben die Petition nur darum an den Magistrat gerichtet, weil sie in den Bäumen einen Schutz für die Kinder vor den die Straße oft passierenden Reitern sehen.

Bei der Abstimmung werden die Sectionsanträge angenommen.

IV. Bericht des Tivolicomitès.

GR. Dr. v. Schrey referiert namens des Comitès über die Auflassung der städtischen Baumschule in der Ziegelstraße und befürwortet dieselbe, da deren Veranlassung der Stadtgemeinde zu große Kosten verursache. Bezüglich der in der Baumschule befindlichen Bäume beantragt Referent, die Maulbeerbäume zu verkaufen, die Pappeln auf die Sonnenbergerstraße, die Eschen in den Tivolwald zu verpflanzen und die Kastanienbäume zur Anlegung neuer Alleen längs der Straße am Bepflanzmagazin zum Coliseum und der Fahrstraße vom Coliseum zum Schweizerhause sowie längs der protestantischen Kirche zu verwenden.

Ueber die Sectionsanträge entspinnt sich nun eine sehr langwierige Debatte.

GR. Dr. Bleiweis befürwortet die Bepflanzung des rechten Laibachfers mit Kastanienbäumen von der Fleischer- bis zur Polanabrücke.

GN. Potocnik wünscht, es möge der Straßhausverwaltung eine genügende Anzahl von Bäumen zur Anlegung von Alleen am Schloßberge behufs Verschönerung desselben zur Verfügung gestellt werden.

GN. Deschmann ist gegen die sofortige Auflassung der Baumschule, da ja fortgesetzt junge Bäume gebraucht werden und die Baumschule an der Triesterstraße nicht lange bestehen kann.

GN. Regali beantragt, statt Kastanienbäume auf den neu herzustellenden Promenaden Linden zu setzen.

GN. Gorsic wünscht die Bepflanzung der Stadtwaldstraße mit Kastanienbäumen aus der aufzulassenden Baumschule.

GN. Dr. Suppantitsch erklärt sich gegen die Anlegung einer Allee an der vom Coliseum zum Schweizerhause führenden Straße, da dieselbe die herrliche Aussicht auf die Alpen mit der Zeit sperren dürfte.

Nachdem der Referent GN. Dr. v. Schrey die Sectionsanträge vertheidigt und mehreren Zusatzanträgen zugestimmt hatte, wird zur Abstimmung geschritten.

Die Auflassung der Baumschule in der Ziegelstraße wurde für den Spätherbst des Jahres 1879 bestimmt, nachdem der vertagende Antrag des Gemeinderathes Deschmann abgelehnt worden.

Weiters wurde beschlossen, die Maulbeerbaumallee nächst der Baumschule zu belassen, die Pappelbäume auf die Sonnegerstraße, die Eschen an geeignete Stellen zu verpflanzen, die Kastanienbäume am rechten Laibachufer der Polana anzupflanzen und eine genügende Anzahl der Straßhausverwaltung am Schloßberge zur Verfügung zu stellen.

Bezüglich des Antrages des GN. Regali, an der zum Coliseum führenden Straße hinter dem Verpflanzmagazin Lindenbäume anzupflanzen, entspinnt sich eine Debatte, während welcher die Versammlung beschlußunfähig wird und der Vizebürgermeister dieselbe um halb 8 Uhr schließt.

(Leichenbestattungen.) Gestern nachmittags wurde die sterbliche Hülle des am 30. v. M. in Straßisch verstorbenen Herrn Med. Dr. Sigismund Bucar unter zahlreicher Betheiligung vonseiten der nationalen Vereine hier zu Grabe getragen. In der sechsten Abendstunde fand die Uebertragung der Leiche des im Schlosse zu Rothbüchel plötzlich verstorbenen k. k. Obersten i. P. Herrn Alexander von Boichetta aus der Todtenkapelle zu St. Christoph auf den allgemeinen Gottesacker daselbst statt. Ein Bataillon des 17. Infanterieregiments Freiherr v. Ruhn, welches unter Kommando des Herrn Oberstlieutenants Braun zum Leichenbegängnisse ausgerückt war, gab die üblichen Ehrensalven ab.

(Laibacher Liedertafel.) Die Direction der Kronprinz Rudolfsbahn hat für den morgigen Ausflug der „Laibacher Liedertafel“ nach Krainburg bereitwilligst eine Fahrpreisermäßigung zugestanden. Anmeldungen zur Theilnahme an diesem Sängerausfluge werden in der Spezereiwarenhandlung der Herren Pohl & Supan bis morgen um 11 Uhr vormittags entgegengenommen.

(Nachtrag zum Anthropologentage.) Einige Mitglieder des Anthropologentages unternahmen am 30. v. M. einen Ausflug nach Abelsberg, um die dortige weltberühmte Grotte zu besichtigen. Ueber Verwendung des Herrn Musealcustos Carl Deschmann wurde die Grotte mit 1800 Kerzen beleuchtet. Der Eindruck auf die Besucher war ein so großartiger, daß niemand dieses erhabene Wunderwerk der Natur ohne tiefste Ergriffenheit und Bewunderung verließ. Die liebenswürdige Führung des Grafen Wurmbrand und des Herrn Somabathy, die alle Geheimnisse der Grottenbildung ausführlich erklärten, trugen ebenfalls zu dem rechten Genuße dieser Wunder bei. Auch hatte die Grottenverwaltung dadurch, daß sie zahlreiche Eisenbahnwägelchen für die

Rückkehr ans Tageslicht zur Verfügung gestellt hatte, für die Bequemlichkeit der Gäste bestens gesorgt, da die zweistündige unterirdische Wanderung immerhin, namentlich für die Damen der Gesellschaft, nach schlafloser Nacht etwas anstrengend war. Nachmittags wurde von Abelsberg aus ein Ausflug nach dem in Felsen gehauenen Schlosse Dnegg unternommen.

(Große Feuersbrunst.) Gestern vormittags um 8 Uhr brach in Brunnorf nächst Laibach ein Schadenfeuer aus, welches ungeachtet der herrschenden Windstille 35 Wohnhäuser sammt Nebengebäuden in Asche legte. Eine Abtheilung der hiesigen freiwilligen Feuerwehr rückte nach Signalisierung des Brandausbruches sofort nach Brunnorf ab und war den ganzen Tag hindurch auf der Brandstätte thätig.

(Zum Brande in Oberlaibach.) Der Sonntag den 27. v. M. in Oberlaibach ausgebrochene Brand äscherte 28 Häuser, vier Stallungen und die Kirche St. Leonhardi ein. Das Feuer kam in bisher noch nicht aufgeklärter Weise im Hause Nr. 140 zum Ausbruche und verbreitete sich, begünstigt durch den herrschenden Sturm, in rapider Weise, so daß trotz der in aufopfernder Weise von der Loitscher Feuerwehr gebrachten Hilfeleistung dem Weiterfortschreiten des Feuers kein Einhalt gethan werden konnte. Leider sind von den Beschädigten wieder einige nicht versichert.

(Hagelschlag.) Die Steuergemeinden Tschatesch, Großdolina und Koritno der k. k. Bezirkshauptmannschaft Gurktal wurden am 23. v. M. durch ein heftiges Hagelwetter heimgesucht, welches die anzuheffende Ernte der betreffenden Gemeinden theils zur Hälfte, theils zum dritten Theile vernichtete.

(Fleischtarif für den Monat August.) Das Kilogramm bester Qualität von Mastochsen kostet 58 kr., mittlerer Qualität 50 kr., geringster Qualität 42 kr.; von Kühen und Zugochsen kosten die drei Sorten Fleisch 52, 44 und 36 kr.

Aufruf!

Das umfangreiche Brandunglück, welches unsere Nachbar-Ortschaft Brunnorf auf dem Moorgrunde heute betroffen hat, veranlasst mich, den Edelmuth unserer Stadtbewohner mit der Bitte anzurufen, die milden Beiträge für die Verunglückten an die Herren Bezirksvorsteher oder an den Magistrat abgeben zu wollen.

Laibach, den 1. August 1879.
Der Bürgermeister: Laschan m. p.

Öffentlicher Dank.

Ich fühle mich verpflichtet, öffentlich den Dank der freiwilligen Feuerwehr von Loitsch auszusprechen, die zumest meine von fessellosen, verheerenden Flammen umgebenen Gebäude durch ihre eilige Hieherkunft und Umsicht schadlos beschützte.

Oberlaibach, 1. August 1879.
Leopoldine Nusley.

Anlässlich der am 27. Juli den Markt Oberlaibach wieder so traurig und in so großer Dimension betroffenen verheerenden Feuersbrunst ist die löbl. freiwillige Feuerwehr von Loitsch eifrig und selbstwillig bereit her angelangt und hat mit aller Energie und größter Aufopferung thatkräftigst an der Bewältigung des Elementes gewirkt, so daß derselben die Anerkennung der Rettung eines Theiles des Marktes zugesprochen werden muß, wofür ihr vonseite der gesammten Besitzer Oberlaibachs hiemit der wärmste, innigste, würdig verdiente Dank ausgesprochen wird.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“
Versailles, 1. August. Die Kammer nahm die Herabsetzung der Bezüge der Bischöfe und Erzbischöfe und die Erhöhung der Bezüge der Pfarrverweser an. Bei dem Budget des Ministeriums des Aeußern betont Waddington die Friedenspolitik und den Wunsch nach Aufrechterhaltung der ausgezeichneten Beziehungen

zu allen Mächten. — Der Senat lehnte den Ferryschen Entwurf betreffs Freiheit des höhern Unterrichtes ab. — Ein Schreiben des Grafen Chambord weist die Anschulldigung zurück, daß er freiwillig im Jahre 1873 die Gelegenheit, den Thron zu besteigen, zu benützen unterließ, und behält sich vollständige Aufklärung vor. Er wollte nicht König einer Fraction sein, und will mit Unterstützung aller Rechtschaffenen Frankreich retten.

London, 1. August. Im Unterhause kündigt Northcote einen Nachtragskredit für den Zukrieg an. — Im Oberhause erklärte auf eine Anfrage Stanhope's Salisbury, daß Ostrumelien gänzlich von russischen Truppen geräumt sei.

Konstantinopel, 1. August. Die Journale „Neologos“ und „Thraki“ wurden suspendiert. Gerüchte verlaufen, daß neue Aenderungen im Kabinette bevorstehen.

Prag, 31. Juli. (Presse.) Der österreichische Handelskammertag soll Ende September in Prag zusammentreten. Als Verhandlungsgegenstände sind in Aussicht genommen: Erörterung des zollpolitischen Verhältnisses zu Deutschland in Verbindung mit der hiemit zusammenhängenden Eisenbahntariffrage; ein Antrag betreffs der Einberufung einer Zoll- und Handelskonferenz im Sinne des Artikels 21 des österreichisch-ungarischen Zoll- und Handelsbündnisses; ein Antrag auf Erlassung eines Gesetzes über die Ansechtung von Rechts-handlungen zahlungsunfähiger Schuldner, und endlich eine Resolution betreffs einer neuen Zivilprozeß- und Concursordnung.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 1. August.
Papier-Rente 67.05. — Silber-Rente 68.45. — Gold-Rente 78.85. — 1860er Staats-Anlehen —. — Bank-Actien 830. — Kredit-Actien 272.25. — London 115.70. — Silber —. — k. k. Münz-Dufaten 5.46. — 20-Franken-Stücke 9.22. — 100-Reichsmark 56.75.

Angekommene Fremde.

Am 31. Juli.
Hotel Stadt Wien. Atlas, Wisniam, Teweles und Reichl, Kiste, Wien. — Schuster, Gottschee. — Vittrom, Fiume. — Schindl, Hblsm., Sagor. — Bäckbauer, Weltpriester, Oberösterreich. — Schnupparek, Architekt u. Stadtbaumeister, Agram. — Kimmell, Kfm., Nürnberg.
Hotel Elefant. Humer, Kfm., Krainburg. — Braig, Kaufmannsgattin; Horvatin, Pfarrer; Schrenkenschuch, Agent, und Greif, Gymnasialprofessor, Trieft. — Leicht, Private, und Stadler, Kfm., Wien. — Mally, k. k. Professor, Labor. — Guade, Kfm., Hannover.
Hotel Europa. Kasowitz, Prof.; Bacher und Rijutti, Lehrerinnen, Trieft.
Kaiser von Oesterreich. Tragar, Villach.
Möhren. Potocnik, Obertrair. — Kunz, Wien. — Weber, Seebach. — Wautz, Bäder, Laibach.

Verstorbene.

Den 1. August. Ignaz Cerne, Tischlergehilfenssohn, 16 Stunden, Pradeklydorf Nr. 24, Lebensschwäche infolge Frühgeburt.
Im Zivilspitale:
Den 1. August. Maria Reich, Arbeiterstochter, 1 J., äußerlicher Wasserkopf. — Theresia Majdik, Kaischlerswitwe, 42 J., Lungentuberkulose.

Lottoziehung vom 30. Juli:

Prag: 28 71 50 3 8.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Angabe	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Himmels	Niederschlag binnen 24 St. in Millimetern
1.	7 U. Mg.	737.07	+15.7	D. schwach	heiter	
2.	9 „ „	735.78	+27.2	D. schwach	heiter	0.00
3.	11 „ „	735.98	+21.4	D. schwach	heiter	

Schöner Tag. Das Tagesmittel der Wärme + 21.4°, um 1.6° über dem Normale.
Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Börsenbericht.

Wien, 31. Juli. (1 Uhr.) Ungeachtet der Bedürfnisse des Ultimo war und blieb der Report vollkommen leicht. Dieser Umstand, dann Meinungskäufe in Bankpapieren bewirkten einen sehr günstigen Kursgang. Der Umfang des Geschäftes war nicht bedeutend.

Waren		Waren		Waren		Waren	
Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware
Papierrente	66.85	66.95	Grundentlastungs-Obligationen.			Ferdinands-Nordbahn	2195—2200—
Silberrente	68.30	68.40	Böhmen	102.50	103.50	Franz-Joseph-Bahn	145—145.50
Goldrente	78.80	78.90	Niederösterreich	105—	—	Galizische Karl-Ludwig-Bahn	238—238.50
Loose 1854	115.50	116—	Galizien	91—	91.50	Raschau-Oberberger Bahn	113—113.50
„ 1860	—	—	Siebenbürgen	85—	85.25	Lemberg-Czernowitzer Bahn	135.75 136—
„ 1860 (zu 100 fl.)	—	—	Temeser Banat	85.50	86—	Lloyd-Gesellschaft	584—586—
„ 1864	158.25	158.50	Ungarn	87.50	87.75	Oesterr. Nordwestbahn	127.50 128—
Ung. Prämien-Anl.	102.25	102.50	Actien von Banken.			Rudolfs-Bahn	134.75 135—
Kredit-L.	168.50	168.75	Südbahn	281.75	282—	Staatsbahn	90.50 91—
Rudolfs-L.	18.25	18.50	Anglo-Osterr. Bank	127.25	127.50	Teiß-Bahn	215—215.50
Prämienanl. der Stadt Wien	110.70	110.90	Kreditanstalt	272.75	272.85	Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	104.25 104.75
Donau-Regulierungs-Lose	108—	108.25	Depositenbank	—	—	Ungarische Nordostbahn	127.75 128—
Domänen-Pfandbriefe	142—	142.50	Kreditanstalt, ungar.	258.50	258.75	Wiener Tramway-Gesellschaft	187—187.50
Oesterr. Schatzscheine 1881 rückzahlbar	100.90	101.10	Oesterreichisch-ungarische Bank	827—	828—	Blankbriefe.	
Oesterr. Schatzscheine 1882 rückzahlbar	100.80	101—	Unionbank	88.40	88.60	Allg.öst. Bodentreditanst. (i. G.)	115—115.50
Ungarische Goldrente	93.45	93.55	Verkehrsbank	116.50	116.75	(i. B.-B.)	99.75 99.85
Ungarische Eisenbahn-Anleihe	111.80	112.10	Wiener Bankverein	127—	127.25	Oesterreichisch-ungarische Bank	101.50 101.75
Ungarische Eisenbahn-Anleihe, Cumulativstüde	111.25	111.75	Actien von Transport-Unternehmungen.			Ung. Bodentredit-Anst. (B.-B.)	102—102.50
Ungarische Schapanw. vom J. 1874	—	—	Alföld-Bahn	138—	138.50	Prioritäts-Obligationen.	
Anleihen der Stadtgemeinde Wien in B. B.	99.50	99.70	Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	583—	584—	Elisabeth-B. 1. Em.	95.50 95.75
			Elisabeth-Westbahn	184.50	185—	Ferd.-Nordb. in Silber	105.25 105.50
						Franz-Joseph-Bahn	94.50 94.70

Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 66.85 bis 66.95. Silberrente 68.40 bis 68.50. Goldrente 78.80 bis 78.90. 127.50. London 115.75 bis 116—. Napoleons 9.22 1/2 bis 9.23. Silber 100— bis 100—.